

23

Bonn, Freitag 15. November 1968

Sprecher: Amrehn, Barzel, Fay, Kiesinger, Kohl, Kraske, Lemke, Lemmer, Meyers, Röder, Scheufelen, [Schröder], Schwarzhaupt, Stingl, Stoltenberg, [von Weizsäcker].

Vorbereitung der Wahl des Bundespräsidentschaftskandidaten.

Beginn: 14.00 Uhr

Ende: 15.00 Uhr

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich eröffne unsere Sitzung. Die Aufgabe des Vorstands wird es nach meiner Auffassung sein, dem vom Parteitag bestimmten Gremium¹, das nachher zusammentritt, einen Vorschlag zu machen.

Wie soll dieser Vorschlag aussehen? Bis jetzt ist es so, daß von diesem ursprünglich eingesetzten Vier-Männer-Gremium zwei Männer, deren Namen aufgetaucht waren, die auch an uns herangetragen wurden, offiziell gefragt worden sind, ob sie zu einer Kandidatur bereit sind. Beide, unsere Freunde Dr. Schröder und Dr. von Weizsäcker, haben sich zu dieser Kandidatur bereit erklärt.

Heute früh – auch das muß ich sagen – ist in dem Präsidium, zu dessen Sitzung Herr Stücklen eingeladen worden war, von Herrn Stücklen mitgeteilt worden, daß sich in Bayern bei einem Treffen – ich weiß nicht, welches Gremium es war – viele Stimmen für eine Kandidatur von Herrn Professor Erhard gefunden hätten. Herr Professor Erhard hat dann aber sofort erklärt, daß er nicht bereit sei, für dieses Amt zu kandidieren.² Ich muß das sagen, weil noch hinzugefügt worden ist, daß die CSU erst jetzt um diese Zeit, um 2.00 Uhr, sich in dieser Frage schlüssig werde. Ob sie nun nach dieser Erklärung von Herrn Professor Erhard noch einmal auf diesen Gedanken zurückkommt, vermag ich nicht zu sagen. Herr Stücklen hat dazu gesagt, da alle Persönlichkeiten, die genannt würden, nach Meinung der CSU die Voraussetzung für dieses hohe Amt mitbrächten, sei für sie die Frage entscheidend: Wie bekommen wir unseren Kandidaten durch, wie verhindern wir also eine Wahl von Herrn Heinemann? Da habe man bei ihnen – bei der

1 Dem Gremium sollten angehören: der Bundesvorstand der CDU, Vorsitzender und Generalsekretär der CSU, Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Vorsitzende der Landtagsfraktionen von CDU und CSU, Vorsitzende der CDU-Landesverbände, Vorsitzende der CDU-Bundesvereinigungen, Ministerpräsidenten von CDU und CSU. Vgl. CDU, 16. BUNDESPARTEITAG S. 22 f.

2 Richard Stücklen hatte im Auftrag der CSU Erhard gebeten, sich für eine Kandidatur zur Verfügung zu stellen, vgl. „Neue Tagespost“ vom 16. November 1968 „Kiesinger ging in Ringrichterpose“; FAZ vom 15. November 1968 „Spekulationen der CSU um Erhard“.

CSU – gesagt, der FDP würde es am schwersten fallen, gegen einen Kandidaten Professor Ludwig Erhard zu stimmen.

Es ist nun leider so, daß die FDP hier wirklich das Zünglein an der Waage geworden ist. Sie hat das auch schon weidlich ausgenutzt. Es ist völlig unsicher, wie die Wahlmänner der FDP stimmen werden. Bis jetzt steht nur fest, daß eine geschlossene Stimmabgabe ihrer Stimmen für den einen oder für den anderen Kandidaten nicht abzusehen ist. Das ist die Situation.

Dann ist noch die NPD mit ihren 20 Stimmen im Spiel, wobei man allerlei hört: Daß sie sich im ersten Wahlgang der Stimme enthalten wollten, um dann beim zweiten Wahlgang deutlich zu machen, wie sie abgestimmt hätten.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir als Vorstand sollten uns darauf einigen, dem Gremium, das nachher zusammentritt, die beiden Kandidaten vorzuschlagen, die sich bereit erklärt haben, also Herrn Minister Dr. Schröder und Herrn von Weizsäcker. Ich denke, wir sollten versuchen, in einem nicht allzu langen und komplizierten Verfahren zu einer Entscheidung zu kommen. Jeder von uns hat inzwischen Gelegenheit gehabt, sich seine Gedanken zu machen.

Ich würde es auch nicht für nützlich halten, wenn wir die beiden Herren bitten würden, in diesem Gremium ihre Vorstellungen über das Amt und ihre Absichten usw. darzulegen. Das wäre, glaube ich, beiden Herren nicht angemessen. Wir müssen sie kennen und wissen, wer sie sind, und wir können uns wohl auch vorstellen, wie sie das Amt verwalten werden. Dann müssen wir natürlich Wünschen stattgeben, die kommen mögen, daß man dieses oder jenes debattiert, über dieses oder jenes spricht. Das wird getan werden. Ich werde aber als Vorsitzender versuchen, das nicht ausufern zu lassen. Und dann wird eben gewählt werden.

Es ist eben – darf ich das noch hinzufügen – eine leidige Situation. Aus der FDP ist in den letzten Wochen so viel zu dieser Frage von so vielen geäußert worden, daß ich darauf gar nicht eingehen will.³ Die Sozialdemokratische Partei hatte ein wenig gehofft, daß wir uns auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen würden oder könnten. Man ist an mich herangetreten, ob man sich vielleicht auf einen Mann wie Herrn Leber einigen könnte. Ich habe sofort erklärt, daß ich das in der Situation, in der wir sind, nicht für möglich halte. Ich habe auch sofort darauf hingewiesen, daß die Wahl des Bundespräsidenten kurz vor den Bundestagswahlen natürlich einen starken Einfluß auf den Ausgang der Bundestagswahl selbst haben könne. Ich habe auch Herrn Leber selber gefragt, ob er ehrlicherweise sagen könnte, daß er nicht wünschte, daß seine Wahl sich zugunsten der SPD für die Bundestagswahl auswirken würde. Er war ehrlich genug, dem mit seiner Antwort auszuweichen.

Das haben einige Leute drüben übelgenommen. Aber das kann ja für uns nicht das Motiv sein, uns für einen gemeinsamen Kandidaten zu entscheiden. In anderen Zeiten

3 Vgl. „Ruhr Nachrichten“ vom 26. Oktober 1968 „Rätsel an der Präsidentenbörse“; fdk Nr. 423 vom 26. Oktober 1968 „Dr. Mende: FDP läßt sich nicht auseinanderdividieren“; „Welt am Sonntag“ vom 27. Oktober 1968 „Handel um das Präsidenten-Amt“; „Zeit“ vom 1. November 1968 „Präsident – von wessen Gnaden?“.

vielleicht, aber nicht im Jahr einer Bundestagswahl, hätte man einem solchen Gedanken näher treten können. Das ist ja auch bei uns gelegentlich schon besprochen worden. Aber in diesem Jahr halte ich das einfach für ausgeschlossen. Da müssen wir schon unsere eigenen Männer präsentieren.

Das ist also die Situation. Meinen Vorschlag haben Sie gehört. Vielleicht wird es gut sein, wenn wir jetzt einmal für alle Fälle die beiden Herren bitten, uns allein zu lassen.

Minister Dr. Schröder und Dr. Freiherr von Weizsäcker verlassen den Sitzungssaal.

Darf ich nun fragen, ob Sie zu meinem Vorschlag eine Aussprache wünschen?

Lemke: Darf ich eine Frage stellen, Herr Bundeskanzler: Ihr Gedanke war, daß also beide Herren vom Vorstand in toto vorgeschlagen werden, daß wir hier also keine Vorentscheidung treffen.

Kiesinger: Das ist nicht unsere Sache!

Lemke: Der Vorstand könnte natürlich einen Vorschlag machen. Das tun wir öfter, daß der Vorstand einem besonderen Gremium einen Vorschlag macht. Ich bestehe nicht darauf. Ich will das nur gern geklärt haben. Wir wollen also möglichst neutral bleiben und sagen: Der Vorstand schlägt dafür beide vor.

Barzel: Ich würde aus einem anderen Grunde dafür dankbar sein, wenn man dem Vorschlag des Parteivorsitzenden folgte. Wir sind nämlich in der Schwierigkeit der Gremien: Bundestagsfraktion und Bundespartei. Die Bundestagsfraktion hat bis zur Stunde von jeder Verdichtung ihrer Meinung abgesehen und hat auch heute morgen in der Sitzung, die der Fraktionsvorstand hatte, darauf verzichtet, irgendeine Empfehlung zu geben.⁴ Wir sind der Meinung, daß um 15.00 Uhr in gehöriger Weise in einer geheimen Wahl die Entscheidung fallen soll, ohne daß vorher noch eine Verdichtung stattgefunden hat. Das ist aus unserer Sicht das faireste Verfahren. Deshalb würde ich es begrüßen, wenn der Parteivorstand sich in diese offene Position begeben könnte.

Kohl: Ich hätte es begrüßt, wenn sich auch gestern alle schon daran gehalten hätten!⁵

Meyers: Ich bin der Ansicht, wir sollten wie vorgeschlagen verfahren, weil sonst der Vorstand in die peinliche Lage kommen könnte, einen anderen vorgeschlagen zu haben, als die Wahlmänner und Wahlfrauen nachher wählen. Das wäre für seine Position schlecht.

Was Herr Kohl soeben angeschnitten hat, ist die Beurteilung eines Tatbestandes, den er nicht kennt. Was gestern stattgefunden hat, war schon am 17. Oktober – als diese heutige Sitzung noch nicht zu erkennen war – vereinbart. Wir treffen uns regelmäßig jeden Monat mit unseren Bundestagsabgeordneten, damit die Landtagsfraktion die Bundestagsabgeordneten unterrichtet, was für politische Fragen im Lande anstehen; umge-

4 Fraktionsvorstandsprotokolle für den Zeitraum von August 1965 bis November 1976 nicht vorhanden.

5 Vgl. FAZ vom 15. November 1968 „Kandidatenwahl“; „Welt“ vom 15. November 1968 „Steigende Aussichten für Gerhard Schröder“. Vgl. auch FAZ vom 16. Oktober 1968 „Die fünfte Bundespräsidenten-Wahl“; „Rheinischer Merkur“ vom 18. Oktober 1968 „Trübe Vorgefechte der Parteien“.

kehrt unterrichten dann auch die Bundestagsabgeordneten die Landtagsfraktion. Bis jetzt war nämlich gerade in Nordrhein-Westfalen dieser Kontakt außerordentlich schlecht, weil unsere Abgeordneten abends nach Hause reisen, während andere Abgeordnete sich in ihren Häusern treffen. Unser Haus steht unseren Abgeordneten auch nicht mehr in dem Umfange wie früher zur Verfügung. Darum haben wir entschieden, daß wir uns in Zukunft regelmäßig treffen. Das Treffen gestern war mit einem Präsidiumstreffen verbunden. Da ist es natürlich klar – die anderen haben schon auf dem Berliner Parteitag für diese Frage geworben – und in einer Partei nichts Ungewöhnliches, daß man sich in einem maßgeblichen Gremium darüber unterhält, worüber die Gazetten seit Wochen täglich berichten. Und Sie wissen selber, wenn mehr als zwei Leute in einem Saale zusammen sind, ist das, was gesprochen wird, nicht geheimzuhalten.

Kiesinger: Wir sind uns also darüber einig, daß wir so verfahren wollen, beide Herren vorzuschlagen. Dabei werden Sie verstehen, daß wir bei diesem Vorschlag auch keine Wertungen abgeben dürfen; denn wo soll man anfangen und wo soll man aufhören? Wir sollten einfach sagen: Diese beiden Persönlichkeiten sind diejenigen, auf die sich soundso viele Hoffnungen in der Partei gerichtet haben; beide haben sich auf Anfrage bereit erklärt. Ich bin sicher, daß auch in dem Gremium, das nachher zusammentritt, der Gedanke ausschlaggebend sein wird: Mit welchem Kandidaten erreichen wir mit der größeren Wahrscheinlichkeit den Sieg? Das ist allerdings eine sehr schwer zu beantwortende Frage.

Stingl: Herr Bundeskanzler, können wir denn erfahren, was so an unterschweligen Gesprächen schon stattgefunden hat? Die hat es doch sicher gegeben.

Kiesinger: Der Vorstand hat ein Recht darauf, das zu fragen. Ich habe diese Gespräche nicht geführt. Ich habe vor Monaten einmal Herrn Scheel aus anderer Gelegenheit bei mir gehabt. Herr Scheel hat mir dabei gesagt, wenn sie etwa Herrn Schröder nicht wählen würden, würden sie ihn das wissen lassen; sie glaubten, ihm das schuldig zu sein.

Nun, wie ist die Lage? Gestern ist nun diese bekannte Erklärung abgegeben worden. Sie haben die Situation weidlich ausgenutzt. Hinter dieser Erklärung gab es Vorgänge, wo offenbar Leute, die anti Heinemann eingestellt waren, in der FDP den Versuch machten, die FDP doch noch auf eine Linie zu bringen. Es gab hintereinander weg Erklärungen – eine davon liegt sogar schriftlich vor. Wenn ihr Schröder als Kandidaten aufstellt, dann gibt es keine einheitliche Abstimmung in der FDP; wenn ihr von Weizsäcker als Kandidaten aufstellt, dann besteht die Möglichkeit einer geschlossenen Stimmabgabe zugunsten von Weizsäcker. Das war in mehreren Gesprächen von führenden Leuten der FDP gesagt worden, und zwar mit der Begründung: Wenn wir die „Heinemänner“ abhalten wollen, Heinemann zu wählen, dann müssen wir einen Kandidaten haben, auf den sie sich allenfalls einschwören lassen. Das wird nicht Herr Schröder sein, sondern Herr von Weizsäcker. Nach meiner Meinung ist das eine Erklärung, die eben ein paar Leute abgegeben haben, allerdings auch Leute, die nicht zu dieser einen Gruppe gehören. Aber für uns steht die Erklärung in der Welt, die gestern abgegeben worden ist. Alles andere ist eben Spekulation.

Natürlich können sie hinterher kommen und sagen: Bitte sehr, wir haben euch ja gesagt – nicht öffentlich, aber hinter vorgehaltener Hand –, ihr habt nicht gehört. Es ist natürlich durchaus möglich, daß sie damit kommen. Aber natürlich wird es ebenso gehen können, wenn wir den anderen Kandidaten wählen würden. Dann würde natürlich auch in der Öffentlichkeit gesagt werden: Warum hat die CDU nicht ihren bekannten Mann vorgeschlagen? – Das ist also alles Spekulation. Aber der Vorstand soll wenigstens wissen, was da vor sich gegangen ist. Aus eigenem Wissen kann ich dazu nichts sagen.

Fay: Wir sind bei der Ermittlung des Sachverhaltes im Vorfeld. Ich hatte gestern in Frankfurt eine Unterredung mit einem Vorstandsmitglied der FDP-Bundestagsfraktion. Ich habe den Betreffenden gefragt, wie die FDP zu unseren beiden Kandidaten stünde. Darauf wurde mir gesagt, man habe weder zu dem einen, noch zu dem anderen eine Meinung. Auf meine Frage, wie man zu Herrn Heinemann stünde, sagte der Betreffende, nach seiner Kenntnis würde die Mehrheit der FDP-Fraktion in der Bundesversammlung Herrn Heinemann wählen. Auf meine Frage, ob denn von der SPD ein Angebot in bezug auf Wahlrecht gemacht worden sei, gab man mir eine ausweichende Antwort.

Meine Frage hier an dieses Gremium, an Sie Herr Bundeskanzler: Ist Ihnen bekannt, ob über diese Frage zwischen der SPD und der FDP ein Arrangement zustande gekommen ist, oder ist diese Frage auch noch offen?

Kiesinger: Mir ist nicht bekannt, daß zwischen den beiden darüber gesprochen worden ist. Aber das bedeutet nicht, daß es nicht geschehen sein kann.

Meyers: Die FDP ist noch nicht einig – wie immer. Ich habe von zwei Vorstandsmitgliedern die Mitteilung bekommen, daß sie auf keinen Fall Herrn Heinemann wählen würden. Ob sie unseren Kandidaten wählen, ist eine andere Frage. Sie werden sicherlich die Taktik einschlagen zu sagen, daß sie jeweils den anderen gewählt haben würden.

Kiesinger: Es ist noch eine andere Sache: Die haben gesagt, sie würden vor der Wahl ihren Kandidaten bekanntgeben. Das scheint eine große Wahrscheinlichkeit für sich zu haben. Damit können sie dann deutlich machen: Wir sind es, die diese Entscheidung beeinflußt haben.

Lemmer: Das Wahrscheinlichste ist, daß das Resultat sicher knapp wird. So, wie ich die FDP einschätze – ich habe ja mit den Älteren dieser Fraktion Verbindungen aus früherer Zeit und habe mit ihnen sprechen können, ähnlich wie einige andere Kollegen es auch berichteten –, wird es keine geschlossene Abstimmung bei der FDP geben. Das muß man als sicher annehmen, es sei denn – was wir nicht wissen –, daß hinter unserem Rücken ein großes politisches Geschäft auf weitere Sicht zwischen diesen beiden Fraktionen abgeschlossen worden ist. Das erfährt man nicht so leicht. Ich halte das nicht für sicher. Aber ich bin der Meinung, wir sollten bei unseren Überlegungen mit einer Möglichkeit dieser Überraschung rechnen.

Weil es wahrscheinlich ein knappes Resultat gibt, darf ich die Gelegenheit dieser Bundesparteivorstandssitzung benutzen, um dem Vorsitzenden mein feierliches Wort zu geben, daß ich Disziplin halten werde. Das, was darüber berichtet worden ist, war übertrieben und wurde meist ernster genommen, als es in einem bestimmten Kreis aus-

gesprochen war. Ich stehe zu meinem Wort, hier in der Partei Disziplin zu halten, obwohl ich Herrn Heinemann aus schweren Erlebnissen – menschlich vor allem – positiver beurteile. (*Zuruf:* Das ist ein Menschenalter her!) – Nein, das ist kein Menschenalter her. Er hat mit uns auch die CDU gegründet. Ich könnte einen interessanten Abriß über das Leben dieses Mannes geben. – Herr Vorsitzender, ich bin gewohnt, treu zu sein. (*Beifall.*)

Scheufelen: Ich habe den Eindruck, daß die Einigung zwischen FDP und SPD sehr viel weiter ist.

Kiesinger: Haben Sie Anhaltspunkte?

Scheufelen: Anhaltspunkte ist übertrieben. Man muß aber die ganzen Entwicklungen der letzten Jahre sehen. Ich darf hier zunächst mal an die Regierungsbildung in Baden-Württemberg erinnern. Dort wurde mir vom Parteivorstand verbindlich zugesagt, von den 18 Abgeordneten der FDP würden 15 der Koalition zustimmen. Dann ist unter dem Druck der Landesversammlung der bekannte Beschuß zustande gekommen.⁶ Damals war langfristig der Wille vorhanden, nicht in die Regierung zu gehen, mit der Begründung, eine bessere Position für das Jahr 1969 zu haben. Das ist immer das Motiv der FDP: die optimale Ausgangsposition für die Wahl 1969.

Es ist so, wie Sie, Herr Bundeskanzler, gesagt haben: Wir können tun, was wir wollen, und wir können uns entscheiden, für wen wir wollen – die FDP wird hinterher immer sagen: Hättet ihr euch für den anderen entschieden, so hätten wir ihn gewählt. Das ist also die Großlage.

Nun kommt dazu die Kleinlage. Im Unterschied zu der Enge eines Landesverbands ist hier einmal eine Bundestagsfraktion da, die man, soweit das bei der FDP überhaupt möglich ist, noch einigermaßen übersehen kann; Herr Barzel winkt auch da ab. Dazu kommen nun völlig unbekannte Wahlmänner aus den Landtagen. Bei diesen Wahlmännern besteht natürlich viel stärker die Möglichkeit, sie in einer bestimmten Richtung zu manipulieren.

Ich habe versucht, bei uns im Lande herauszufinden, was da läuft. Das war mir nicht möglich, und das hat mich stutzig gemacht. Herr Bundeskanzler, Sie kennen ja die Verhältnisse bei uns. Wenn man hier generell gegen einen Eisernen Vorhang läuft, dann ist das doch bedenklich.

Kohl: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich muß sagen, ich stimme dem Bild von der FDP, das hier teilweise von einigen Kollegen entworfen wurde, nicht zu. Ich glaube nicht, daß die FDP im wesentlichen bei dieser Abstimmung auseinanderfallen wird. Ich bin ziemlich sicher davon überzeugt, daß diese FDP – sie hat 82 Stimmen – relativ gesehen mit keinem größeren Prozentsatz von dem Hauptkurs der Frak-

6 Die Landesversammlung der baden-württembergischen FDP sprach sich am 8. Juni 1968 auf ihrer Landesversammlung in Sindelfingen gegen eine Koalition mit der CDU aus, vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 10. Juni 1968 „Klar und ehrlich Nein zur CDU gesagt“; „Welt“ vom 10. Juni 1968 „Die FDP will nicht mehr Schwarzer Peter spielen“; „Südkurier“ vom 10. Juni 1968 „Nach Nein der FDP: Neues Angebot an SPD“. – Zur SPD-Landesversammlung in Kehl vgl. Nr. 19 Anm. 60.

tion in der Bundesversammlung abweichen wird, als das bei den anderen Parteien der Fall ist. Ich kann nur dringend davor warnen, etwa den Gedanken aus einer früheren Zeit wieder aufzunehmen, daß es wie seinerzeit bei der Bundestagsfraktion zu einer Spaltung kommen könnte.⁷ Ich halte das bei dem jetzigen Sachstand der FDP für ausgeschlossen. Meines Erachtens ist die FDP nicht festgelegt.

Ich habe Grund zu der Annahme, daß bei Gesprächen mit der SPD natürlich die Wahlrechtsfrage angesprochen wurde. Ich glaube nicht, daß das im Blick auf eine nächste Koalition zwischen SPD und FDP geschehen ist, sondern daß die Wahlrechtsfrage insgesamt seitens der FDP im Gespräch mit der SPD ins Spiel gebracht wurde und daß nach der Seite hin auch beiläufige Äußerungen von Herrn Brandt und Herrn Wissnewski deutlich wurden, die eine Tendenz erkennen ließen, die die FDP erfreute. Ich habe in diesem Zusammenhang eine ganze Reihe von Hinweisen erhalten. Ich persönlich glaube, daß die FDP in der Tat heute nicht festgelegt ist; sie ist vielleicht sogar heute in dieser Frage offener als vor acht Tagen.

Die FDP-Führung verfolgt wohl die Taktik, mit der Abstimmung in der Fraktionssitzung der Bundesversammlung – das wird wahrscheinlich frühestens Ende Januar sein – vor Eintritt der öffentlichen Meinungsbildung und Meinungsmache – das muß man hinzufügen – den aufgestellten Kandidaten abzuwerten. Ich glaube, daß die FDP sehr stark danach schielen wird, wie man in der öffentlichen Meinung am besten mit der Entscheidung wegkommt, die man dann trifft. Das ist genau der unberechenbare Punkt.

Nun stehen wir hier vor einer Situation, daß zwei Kandidaten zur Debatte stehen. Ich halte das nicht für etwas Ungewöhnliches. Wir sollten uns an den Gedanken gewöhnen, daß bei einer so wichtigen Entscheidung auch mal eine richtige Abstimmung stattfindet. Ich finde, das sollte man nicht irgendwie negativ apostrophieren.

Was unsere Situation nach draußen etwas erschwert – ich wollte das nachher in dem größeren Kreise nicht ansprechen⁸, deshalb möchte ich es hier erwähnen –, ist, daß es eben bei der Forcierung dieses oder jenes Kandidaten in den letzten Wochen und Monaten eben nicht nur um die Nominierung eines Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl ging, sondern daß ganz offensichtlich auch gewisse personalpolitische Entscheidungen und Vorstellungen im Blick auf die Kabinettusbildung 1969 und einer späteren Zeit bei der einen oder anderen Diskussion eine Rolle spielten. Das muß man hier ganz offen ansprechen. Das hat unsere Position in der Öffentlichkeit nicht gerade erleichtert.

Mir scheint, wir sollten, bevor wir nachher in dem Wahlmännergremium zur Abstimmung kommen, eines ganz klar unter uns ausmachen – ich halte das für eine Selbstverständlichkeit –, daß derjenige, der in dieser Abstimmung obsiegt, auch die Unterstützung der gesamten Partei in den nächsten kritischen Wochen erhält. Vom Tage der Nominierung an, also von heute an, bis zu dem möglichen Wahltermin – die Bundes-

7 Im Februar 1956 verließ die FDP die Koalition mit den Unionsparteien; daraufhin verließen 16 Abgeordnete die FDP-Fraktion.

8 Protokoll der Sitzung der Kommission (94 Mitglieder) zur Vorbereitung der Bundesversammlung am 15. November 1968 in Bonn, Bundeshaus, 15.00 Uhr, in ACDP 07–001–062/3.

versammlung wird frühestens im Februar zusammentreten⁹ – wird immerhin praktisch noch ein Vierteljahr verstreichen. In diesem Vierteljahr kann man natürlich ein Bild hochziehen, und man kann es runterziehen. Wenn wir in dieser Zeit in eine schwierige und ungewöhnlich kontroverse innerparteiliche Debatte geraten, schadet das dem Kandidaten ganz automatisch, und es schadet auch den Chancen, die wir für unseren Kandidaten haben.

Ein Höchstmaß von Geschlossenheit der CDU/CSU in den Wochen bis zur Entscheidung in der Bundesversammlung bringt auch eine automatische Erhöhung unserer Chance, Stimmen der FDP zu gewinnen. Wir können anziehend wirken, wenn wir uns vernünftig und geschlossen, kameradschaftlich, vielleicht sogar freundschaftlich verhalten. Wir können aber auch abstoßend wirken, wenn das Ergebnis, das bei einer Abstimmung herausgekommen ist, von denen abgelehnt wird, die für den Gegenpartner votiert haben. Ich finde, das sollte man nachher, bevor man zur Abstimmung kommt, noch einmal sehr präzise als unseren Standpunkt fixieren.

Wir sollten gleichzeitig versuchen, in den Landtagsfraktionen, die die Mitglieder der Bundesversammlung wählen müssen, und in der Bundestagsfraktion darauf hinzuwirken, daß möglichst jetzt niemand mehr bei uns eine öffentliche Fixierung vornimmt. Ich sage das wieder mit Grund. Ich habe nämlich in den letzten Tagen verschiedene Briefe von Kollegen aus Landtagen erhalten, die erklärten: Wenn der und der gewählt wird, dann werden wir auf keinen Fall in der Schlußabstimmung für ihn stimmen. Bei einer solchen Tendenz wird unser Gesamtbild nicht sehr anziehend wirken. Ich würde bitten, daß man diese paar Gedanken nachher noch deutlich macht.

Bei der FDP spielt noch eine gewisse Rolle, daß sie sozusagen unter allen Umständen durch die Veröffentlichung ihrer Stimmabgabe erklären will, daß die NPD aus dem Spiel um die Wahl des Bundespräsidenten ausgeschaltet wird. Das ist ein Gedanke, der bei der Sitzung des Bundesvorstands und der Bundestagsfraktion der FDP am vergangenen Montag in der Diskussion einen sehr breiten Raum eingenommen hat.

Kiesinger: Ich halte es für selbstverständlich, daß, wenn dieses Gremium seine Entscheidung getroffen hat, von da ab die Partei hinter diesem gewählten Kandidaten wie ein Mann steht. Das ist selbstverständlich; sonst können wir gleich einpacken. Jeder von uns hat seine Vorstellungen, jeder von uns sagt sich: Der ist nach meiner Meinung der bessere Kandidat als der andere. Das ist unser gutes Recht. Aber wenn entschieden worden ist, darf da nichts mehr übrigbleiben. Dann dürfen keine derartigen Nachgesänge mehr kommen: Der ist zwar nun aufgestellt worden, aber es wäre doch schöner gewesen, wenn es der andere gewesen wäre. – Das ist ganz selbstverständlich. Ich werde das natürlich nachher auch sagen.

Amrehn: Herr Bundeskanzler, Sie haben die Frage gestellt, ob Herr Scheufelen einen Anhaltspunkt dafür gewonnen hätte, daß es eine Verabredung zwischen FDP und SPD gibt. Jeder hat seine Information. Vielleicht steckt auch in dem, was ich zu sagen habe,

9 Am 5. März 1969.

nur ein Stückchen von dem Nervenkrieg drin, der innerparteilich zwischen den Parteien geführt wird.

Die SPD hat ihren Kandidaten am 1. November mittags im Berliner Sportpalast benannt.¹⁰ Am Abend dieses Tages ist mir eine Information gegeben worden – ohne daß ich meine Quelle nennen kann; ich möchte sie aber als immer sehr gut unterrichtet bezeichnen –, daß damit das Rennen gelaufen sei. Die Nominierung von Herrn Heinemann sei bereits ein Ergebnis von Besprechungen, die mit den anderen geführt worden seien, und die anderen hätten dabei zum Ausdruck gebracht, sie müßten Herrn Heinemann wählen, um für eine Koalitionsentscheidung des nächsten Jahres frei zu sein.

Vielelleicht ist der Versuch unternommen worden, auf diesem Wege auf mich einzuhören. Ich habe nur erwähnen können, daß die CDU bis zur letzten Entscheidung in der Bundesversammlung um die Besetzung dieses Postens ringen wird und sich nicht etwa damit abfinden könne, einen „Fernerlieben-Kandidaten“ aufzustellen. Es gibt also Anhaltspunkte dafür, daß es Gespräche solcher Art gegeben hat. Das ist meine Überzeugung.

Stoltenberg: Ich möchte ebenfalls die Unberechenbarkeit der Haltung der FDP in dieser Frage unterstreichen. Wenn man mit führenden Sozialdemokraten spricht, die dem engeren Parteivorstand angehören, dann wird man je nach der persönlichen Einstellung des einen oder anderen eine ganz andere Einschätzung der FDP erhalten. Es gibt Sozialdemokraten in der engeren Führung, die die FDP für kommende Wahlperioden für politische Kombinationen im Spiel halten möchten. Es gibt andere – die darf man auch nicht übersehen –, die ein abgrundtiefer Mißtrauen gegen die FDP haben; sie sagen einem ziemlich offen, daß sie – unabhängig von dem, was Scheel und Genscher erklären und wollen, welche Beschlüsse sie herbeiführen; die gehen sicher bei Scheel und Genscher stärker in die Richtung Heinemann – gar kein Vertrauen darauf haben, daß diese FDP in der Lage ist, solche Bündnisse zu honorieren.

Ich wollte das nur als einen Eindruck von Gesprächen aus den letzten Tagen wiedergeben, nachdem auch andere ihren Eindruck wiedergegeben haben, um zu zeigen: Es sind bei der SPD und bei der FDP, je nach der Einschätzung der einzelnen Politiker im gegenseitigen Verhältnis und der wünschenswerten künftigen politischen Entwicklung ganz unterschiedliche Äußerungen zu erwarten. Wir müssen uns wohl darauf einstellen, daß die FDP wahrscheinlich unter dem Druck, unter dem Einfluß ihrer Führung ein Votum für Heinemann anstrebt. Ich würde aber sagen, daß das in keiner Weise etwas über die endgültige Stimmabgabe aussagt, sondern daß damit die Entscheidung in der Bundesversammlung immer noch offen ist. Welche Folgerungen sich für uns eröffnen, ist eine ganz andere Frage, die wir hier nicht erörtern wollen.

10 Die durch Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission der SPD erfolgte Wahl Gustav Heinemanns zum Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten wurde vom Vorsitzenden Willy Brandt am 1. November zunächst vor Journalisten in Berlin mitgeteilt und am Abend bei einer Kundgebung der SPD im Sportpalast öffentlich von ihm verkündet, vgl. „Welt“ vom 2. November 1968.

Lemke: Ich möchte Herrn Stoltenberg recht geben. Ich stimme mit ihm hinsichtlich der Beurteilung der FDP überein. Ich möchte allerdings folgendes sagen: Ich kenne auch einige Leute der FDP – und ich habe nicht das Gefühl, daß ich von ihnen belogen wurde –, aus deren Äußerungen ich entnehme, daß es heute keine einheitliche und geschlossene Meinung in der FDP gibt. Es kann sein, daß diese angestrebt und später auch erreicht wird. Jedenfalls kann man nicht sagen, daß die 83 sich geeinigt haben, wie wir uns nachher einigen werden. Das ist einfach nicht der Fall.

Jeder hat sicherlich irgendwelche Bekannte oder Freunde drüben, und jeder hört etwas anderes. Ich möchte allerdings mit aller Deutlichkeit sagen: Ich kann einfach nicht annehmen, daß ich so belogen werde und daß heute dort schon eine einheitliche Meinung besteht. Das ist bei weitem nicht der Fall.

Röder: Ich kann in der Beurteilung der FDP denen zustimmen, die sagen, die FDP werde ihre Wahl nicht von der Person, die wir benennen, abhängig machen, sondern von ihren eigenen Interessen. Da sind wir wohl alle einig. Diese Interessen sieht sie darin, sich am Leben zu halten, was wiederum von ihr als gesehen legitim ist.

Wir werden Stimmen von ihr bekommen, wenn wir sozusagen in bezug auf die Wahlrechtsreform unsere offiziellen Äußerungen so ändern, daß sie von da aus folgern könnte, auch mit uns sei, da sie am Leben bliebe, eine Fortsetzung einer Koalition möglich. Solange wir offiziell von höchster Stelle aus immer wieder die Wahlrechtsreform in die Debatte bringen und dabei bedauernd sagen, daß es leider an den anderen läge, daß sie nicht zustande komme, wird uns das sicherlich auf dem Wege und in der Absicht, Stimmen von der FDP zu gewinnen, nur schaden können. Man muß entscheiden, ob einem die Wahl des Bundespräsidenten soviel wert ist, daß man einen solchen grundsätzlichen Standpunkt aufgibt. Das muß man politisch abwägen. Man muß sich nur über die Konsequenzen klar sein.

Ich würde es für ein ganz unwürdiges und darüber hinaus noch völlig wirkungsloses Verfahren halten, wenn wir nun als einzelne der CDU – jeder bei seinen Bekannten – bei der FDP bittend auftreten würden, doch für unseren Kandidaten zu stimmen. Das würde nichts nutzen.

Ich meine aber, daß wir sehr sorgfältig im kleinsten Kreise einmal darüber nachdenken sollten – wenn schon die Wahlrechtsänderung aufgrund von Besprechungen zwischen der SPD und der FDP nicht möglich ist, weder bis 1969 noch nach 1969, wenn also hier eine Absprache zwischen der SPD und der FDP vorliegt –, ob wir dann unter allen Umständen diesen von uns im Augenblick vertretenen Standpunkt aufrechterhalten können, selbst auf die Gefahr hin, nach 1969 aufgrund einer solchen Absprache und aufgrund unserer eigenen Haltung dann in die Opposition zu kommen. Man muß das zumindest sehr sorgfältig überlegen und sein Verhalten danach ausrichten. Ich glaube, es ist der Überlegung wert.

Kiesinger: Das ist natürlich eine Abwägung, die wir anstellen müssen.

Die entscheidende Frage ist eben die Frage der Koalition. Man hört ja merkwürdige Begründungen aus dem Lager der FDP. Das Schwierige ist eben, daß es in dieser Partei keine einheitliche politische Willensrichtung gibt. Da gibt es Leute – und ich fürchte,

sie haben in der Führung sogar die Mehrheit –, die sagen: Jetzt hat diese CDU 20 Jahre lang das Steuer in der Hand gehabt, jetzt muß damit endlich Schluß sein. Diesen Leuten geht es also darum, die Herrschaft der CDU zu brechen. Daneben gibt es andere Leute in der FDP, die immer noch gern mit der CDU machen würden, die im Grunde genommen die wichtigsten politischen Fragen ähnlich beurteilen wie wir und die sich sagen: Können wir nicht vielleicht doch einen Weg finden, um den Heinemann zu vermeiden? Das ist die Lage, mit der wir rechnen müssen. Diejenigen, die gesagt haben, das Rennen ist geläufen, haben sicher nichts Falsches gesagt. Sie haben zum Ausdruck gebracht, daß wohl die Mehrheit dieser Partei Herrn Heinemann wählen wird. (*Amrehn*: Und durch Beschuß darauf noch festgelegt werden soll!)

Lemmer: Ich sage verbindlich voraus: Die 20jährige CDU-Herrschaft läuft 1969 nicht ab, und zwar aus einem einfachen Rechenexempel heraus. Einem führenden Sozialdemokraten habe ich gesagt: Was macht ihr da für Spinnereien! Entweder macht ihr die Wahlrechtsreform mit, so, wie wir sie vorgeschlagen haben, und dann habt ihr eine Chance, die CDU zu schlagen und Regierungspartei zu bleiben. Macht ihr sie nicht mit, könnt ihr auch Regierungspartei bleiben, aber nur mit der CDU. Eine andere Regierungsbildung ist ja gar nicht möglich. Wenn wir mit 40, 50 NPD-Leuten und vielleicht mit 20 linken Sozialisten rechnen müssen, gibt es im kommenden Bundestag rein zahlenmäßig – es kann ja keiner zaubern – überhaupt keine andere Regierungsbildung als die, die augenblicklich besteht. Ob sie uns gefällt, ist eine andere Frage. Der anderen Gruppe, der SPD, gefällt diese Koalition auch nicht. Aber uns hat der Teufel zusammengeführt.

Kiesinger: Reden Sie nicht soviel darüber, sonst wird gleich gezischt. (*Heiterkeit*.) Natürlich gibt es eben diese Koalitionszwänge. Deswegen habe ich in Berlin die Sache überhaupt angesprochen.¹¹ Es ist nicht einfach eine Frage der Wünschbarkeit, ob man das so oder so machen kann, sondern das Wahlergebnis ist das, vor dem wir Angst haben; es könnten sich ständig derartige Mehrheitsverhältnisse ergeben. Herr Filbinger hat das ja in Baden-Württemberg auch mitgemacht. Hier sind dann nachher Regierungsbildungen so ungeheuer schwer. Wenn die NPD nicht reinkommt und wenn keine Linken hereinkommen, kann es anders sein.

Scheufelen: Ich möchte nur der Vollständigkeit halber noch einen Gedanken hinzufügen. Bei der FDP spielt in manchen Kreisen auch noch folgende Überlegung eine Rolle: Die Wahl des Herrn Heinemann könnte sich für die FDP bei der Bundestagswahl 1969 auswirken. Es gibt da einen etwas konservativen Kreis der FDP, der Angst davor hat, die Wahl des Herrn Heinemann könnte ihnen zumindest Stimmenverluste – das wäre noch gar nicht so schlimm – bringen; schlimmer wäre aber, daß die CDU dadurch die Stimmen bekommen könnte, die sie noch zur absoluten Mehrheit braucht. Ich möchte diesen Gedanken der Kuriosität halber noch anführen. Es handelt sich hier nicht um

¹¹ Kiesinger hatte auf dem Parteitag geäußert: „Ich habe die Koalition gründen wollen, die sich für die Politik der CDU als die geeignetste erweisen würde.“ Vgl. Parteitagsprotokoll (s. Anm. 1) S. 440.

Überlegungen eines CDU-Politikers, sondern um Gedanken aus Kreisen der FDP, die in Verbindung mit der Wahl des Bundespräsidenten angestellt werden.

Meyers: Nachdem wir erreicht haben, daß die Zeit drängt, möchte ich noch auf eine Frage zu sprechen kommen, die meines Erachtens für die nachfolgende Sitzung von erheblichem Gewicht ist. Ich halte es für selbstverständlich, daß alle dem Kandidaten, den die Mehrheit dieses Gremiums nachher wählt, ihre Stimme geben. Die Landtagsabgeordneten sind da besser dran als die Bundestagsabgeordneten. Ein Landtagsabgeordneter kann sagen: Entbindet mich von der Mitgliedschaft in der Bundesversammlung.

Es kann sein, daß gleich eine schwache Mehrheit herauskommt. Eine knappe Mehrheit wäre meines Erachtens weder im Interesse der CDU, noch des Kandidaten. Es wäre schlecht, wenn unser Vorsitzender mit einem solchen Ergebnis vor die Kameras und vor die Presseleute treten müßte. Deswegen bitte ich, eine Anregung, die nicht von mir kommt, zu prüfen: Ob man nicht die Abstimmung gewissermaßen als Vorabstimmung vornimmt und dann eine Schlußabstimmung macht. Es ist doch etwas ganz anderes, wenn der Bundesparteivorsitzende vor die Kamera treten und sagen kann: Das Gremium hat mit überwältigender Mehrheit den Kandidaten benannt, und wir haben vorher in einer Probeabstimmung festgestellt, wofür die Mehrheit war. Das ist doch etwas ganz anderes, als wenn wir sagen müssen: Der Kandidat ist mit 46 gegen 44 Stimmen benannt worden.

Kiesinger: Ich würde meinen, wir sollten nicht so verfahren. Wir tun nämlich dann dem unrecht, der unterliegt. Das Ganze wird dann eine Farce. Es wird dann so getan, als wäre der, der unterlegen ist, ganz heruntergefallen. Das können wir nicht machen. Ich bin der Meinung, wir sollten das Abstimmungsergebnis gar nicht bekanntgeben.

Stoltenberg: Das Ergebnis wird aber leider bekannt werden. Es gibt aber eine Variante zu dem Vorschlag von Herrn Dr. Meyers. In Amerika macht man es so, daß man zunächst abstimmt. Das Ergebnis, das dann anfällt, macht sich dann die Versammlung einmütig zu eigen. Dadurch wird das erste Abstimmungsergebnis nicht verwischt. Es kommt aber dann ein Votum heraus, das die Einmütigkeit der Partei bekundet. Nach dieser Variante könnte man vielleicht verfahren.

Kiesinger: Wir können es ja so machen, daß ich sage, es habe zunächst eine erste Abstimmung stattgefunden, in der sich eine Mehrheit für den einen Kandidaten ergeben habe. Daraufhin habe sich das Gremium einstimmig für diesen Kandidaten ausgesprochen.

Kohl: Ich halte es auch für richtig, daß wir den Vorschlag von Herrn Dr. Meyers in der Modifikation verfolgen, die Herr Stoltenberg gerade angeführt hat. Zunächst sollte also der Kandidat benannt werden. Was hindert uns aber, anschließend einmütig die formale Empfehlung an die Fraktion der Bundesversammlung zu beschließen, diesen Kandidaten zu wählen? Das ist sozusagen dann ein zweiter Akt.

Kraske: Dann wäre also die erste Fragestellung: Wer ist für Herrn Dr. Schröder und wer ist für Herrn Dr. Freiherr von Weizsäcker? Als zweites käme dann eine Abstimmung darüber, daß dieses Gremium der CDU/CSU-Fraktion der Bundesversammlung

Herrn Sowieso zur Wahl zum Bundespräsidenten empfiehlt. Das wäre dann die Schlußabstimmung.

Kiesinger: Nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses würde ich also dieser Kommission vorschlagen, den Kandidaten X der Fraktion der CDU/CSU der Bundesversammlung zur Wahl zu empfehlen.

Stingl: Wie ist es, wenn keiner die absolute Mehrheit bekommt?

Kraske: Dieses Gremium hat, unter Abzug von Doppelmitgliedschaften, 94 Mitglieder. Einige sind entschuldigt. Die endgültige Zahl kann ich nachher erst bekanntgeben. Die Frage ist nun, ob zur Mehrheit 48 Stimmen – das heißt die Hälfte plus eine Stimme – erforderlich sind oder ob die Hälfte plus eine Stimme der Anwesenden ausreicht. Das muß vorher geklärt werden. (*Zurufe:* Der Anwesenden!)

Schwarzhaft: Wegen der Zusammensetzung dieses Gremiums muß ich einen Protest anmelden, aus dem ich allerdings keine Konsequenzen ziehen möchte. Die Frauenvereinigung hat mit Zustimmung der Partei zwei gleichberechtigte Vorsitzende, Frau Fera und Frau Brauksiepe. Frau Brauksiepe ist in anderer Eigenschaft hier. Die Frauenvereinigung wollte gern Frau Fera in dieser Kommission haben. Das ist abgelehnt worden. Ich muß sagen, daß ich das nicht für richtig halte. Wie gesagt, ich will daraus keine Konsequenzen ziehen.

Kiesinger: Wir sind uns also einig, daß als Mehrheit die Hälfte der abgegebenen Stimmen gilt.

Dann kann ich hiermit die Sitzung des Bundesvorstands schließen.